9762

**Botschaft
des Bundesrates an die Bundesversammlung
über die Gewährleistung der geänderten Verfassung
des Kantons Graubünden**

(Vom 8. September 1967)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

In der Volksabstimmung vom 9. April 1967 haben die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden mit 9512 Ja gegen 4250 Nein einer Änderung von Artikel 18, 20, 26 Absatz 2, 31 und 53 Absatz 1 sowie der Einfügung eines neuen Artikels 50^{bis} der Kantonsverfassung zugestimmt. Mit Schreiben vom 15. Juni 1967 ersucht der Kleine Rat des Kantons Graubünden um Erteilung der eidgenössischen Gewährleistung.

Die bisherigen und die neuen Bestimmungen lauten:

Bisheriger Text

Neuer Text

Art. 18

Art. 18

Der Grosse Rat wählt frei aus allen stimmberechtigten Kantonseinwohnern das Kantonsgericht, die Steuerrekurskommission, den kantonalen Bankrat, sowie die Erziehungs- und Sanitätskommission und setzt die Geschäftsordnungen dieser Behörden fest.

...Kantonsgericht,
das Verwaltungsgericht, den Bankrat
der Bündner Kantonalbank sowie die..

Art. 20

Art. 20

Der Grosse Rat beurteilt zweitinstanzlich die vom Kleinen Rat unterschiedenen Rekurse politischer und administrativer Natur, wenn nicht durch Spezialgesetze der Weiterzug ausgeschlossen ist oder andere Behörden dafür bestimmt sind. (Art. 34.)

Der Grosse Rat beurteilt als einzige Instanz Rekurse, welche sich auf die Wahl seiner Mitglieder beziehen.

Bisheriger Text

Rekurse, welche sich auf die Wahl von Abgeordneten zum Grossen Rat beziehen, werden von letzterem, als eigene Legitimationssache, allein entschieden.

Art. 26, Abs. 2

Gegen Verfügungen eines Departements ist stets eine Beschwerde an die Gesamtbehörde zulässig.

Art. 31

Der Kleine Rat entscheidet, mit Vorbehalt des Weiterzuges an den Grossen Rat und mit Ausnahme der letzterem allein unterstellten Legitimationsfragen, alle Streitigkeiten politischer und administrativer Natur. (Art. 20.)

Art. 53, Abs. 1

Rechtsanstände zwischen dem Kanton und Privaten oder Korporationen werden auf dem gewöhnlichen Zivilwege ausgetragen.

Neuer Text

Durch Gesetz kann ihm die Beurteilung weiterer öffentlichrechtlicher Streitigkeiten übertragen werden.

Art. 26, Abs. 2

Aufgehoben

Art. 31

Der Kleine Rat entscheidet öffentlich-rechtliche Streitigkeiten, soweit sie nicht ausdrücklich einer andern Behörde zugewiesen sind.

neu:

*4a. Verwaltungsgericht*Art. 50^{bis}

Das Verwaltungsgericht besteht aus drei ständigen und acht nichtständigen Mitgliedern.

Der Grosse Rat kann die Zahl der Mitglieder erhöhen. Er wählt den Präsidenten und einen oder mehrere Vizepräsidenten sowie die ständigen und nichtständigen Mitglieder für eine vierjährige Amtsdauer.

Das Gesetz bestimmt die Obliegenheiten des Verwaltungsgerichtes.

Art. 53, Abs. 1

...ausgetragen,
soweit sie das Gesetz nicht dem Verwaltungsgericht zuweist.

Mit der vorliegenden Verfassungsänderung, die die Grundlage zur Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Graubünden bildet, wird dem Bürger für die Beurteilung seiner Rechte und Ansprüche gegenüber dem Staat eine von dessen Verwaltung unabhängige gerichtliche Behörde zur Verfügung gestellt. Die bisher von verschiedenen Kommissionen und Spezialgerichten auf Teilsektoren ausgeübte unabhängige richterliche Kontrolle der Verwaltungstätigkeit wird zusammengefasst und gleichzeitig auf Gebiete ausgedehnt, auf denen die Rechtsanwendung bis heute nicht oder nur durch die politischen Behörden, den Kleinen und Grossen Rat, überprüft wurde. Die vorgesehene Änderung überwindet somit die bei der Verwaltungsrechtspflege herrschende Zersplitterung und schafft die Voraussetzungen für eine einheitliche Verwaltungsrechtsprechung. Für den Kleinen und den Grossen Rat bedeutet sie eine willkommene Entlastung von dieser Aufgabe.

Nach dem neuen Artikel 18 wird das Verwaltungsgericht vom Grossen Rat bestellt. Nicht mehr erwähnt ist die Steuerrekurskommission, deren Aufgaben an das Verwaltungsgericht übergehen. Lediglich redaktioneller Natur ist die Änderung, dass der Grosse Rat «den Bankrat der Bündner Kantonalbank», statt – wie bisher – «den kantonalen Bankrat» wählt.

Gemäss Artikel 20, Absatz 1 (neu) entscheidet der Grosse Rat als einzige Instanz über Rekurse betreffend die Wahl seiner Mitglieder. Ausserdem kann ihm nach dem neuen Absatz 2 durch Gesetz die Beurteilung weiterer öffentlich-rechtlicher Streitigkeiten übertragen werden. Bisher hatte der Grosse Rat als zweite Instanz alle Rekurse gegen Entscheide des Kleinen Rates politischer und administrativer Natur beurteilt, soweit nicht Spezialgesetze eine abweichende Regelung enthielten.

Artikel 26, Absatz 2 wurde absolet und konnte aufgehoben werden.

Nach dem bisherigen Wortlaut von Artikel 31 entscheidet der Kleine Rat, mit Vorbehalt des Weiterzuges an den Grossen Rat und mit Ausnahme der diesem allein unterstellten Legitimationsfragen, alle Streitigkeiten politischer und administrativer Natur. Neu obliegt ihm nur noch der Entscheid über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten, die keiner andern Behörde zugewiesen sind.

Rechtsanstände zwischen dem Kanton und Privaten oder Korporationen werden nur noch soweit auf dem gewöhnlichen Zivilweg ausgetragen, als sie das Gesetz nicht dem Verwaltungsgericht zuweist (Artikel 53, Absatz 1).

Der neu eingefügte Artikel 50^{bis} handelt von der Organisation des Verwaltungsgerichts, das aus drei ständigen und acht nichtständigen Mitgliedern besteht, wobei die Mitgliederzahl erhöht werden kann. Der Präsident, ein oder mehrere Vizepräsidenten sowie die ständigen und nichtständigen Mitglieder werden vom Grossen Rat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Obliegenheiten des Verwaltungsgerichts bestimmt das Gesetz.

Diese Änderungen der Verfassung des Kantons Graubünden berühren ausschliesslich das kantonale öffentliche Recht und enthalten nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes. Wir beantragen Ihnen deshalb, den

Änderungen durch Annahme des beiliegenden Beschlussesentwurfs die Gewährleistung des Bundes zu erteilen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 8. September 1967.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Bonvin

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

(Entwurf)

**Bundesbeschluss
über die Gewährleistung der geänderten Verfassung
des Kantons Graubünden**

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

in Anwendung von Artikel 6 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 8. September 1967,
in Erwägung, dass diese Verfassungsänderungen nichts den Vorschriften
der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthalten,

beschliesst:

Art. 1

Den in der Volksabstimmung vom 9. April 1967 angenommenen Änderungen der Artikel 18, 20, 26 Absatz 2, 31 und 53 Absatz 1 sowie dem neuen Artikel 50^{bis} der Verfassung des Kantons Graubünden wird die Gewährleistung des Bundes erteilt.

Art. 2

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung der geänderten Verfassung des Kantons Graubünden (Vom 8.September 1967)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	39
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	9762
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.09.1967
Date	
Data	
Seite	231-235
Page	
Pagina	
Ref. No	10 043 747

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.